



Geschäftsführung Integrationsrat

Frau Arikan

Telefon: (0221) 29725

Fax: (0221)

E-Mail: Neslihan.Arikan@STADT-
KOELN.DE

Datum: 05.12.2019

Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 07.10.2019, 15:00 Uhr bis 16:45 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Tayfun Keltek	TSD
Herr Ahmet Edis	GOL
Herr Eli Abeke	BÜNDNIS 14
Herr Stefan-Lazar Mitu	INK
Herr Nebil Bayrakcioglu	GK
Herr Ali Esen	LB
Herr Eugen Litvinov	
Herr Turan Özküçük	TSD
Frau Stella Shcherbatova	Einheit
Herr Silvio Vallecoccia	Italiani per Colonia
Herr Malik Karaman	SPD
Herr Prof. Klaus Schäfer	SPD
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Firat Yurtsever	GRÜNE
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Frau Katja Hoyer	FDP

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Saskia Dieke	Arbeitgeberverband Kölnmetall
Frau Petra Hovi	Agentur für Arbeit

Frau Öznur Naz	Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Herr Claus-Ulrich Pröß	Kölner Flüchtlingsrat e.V.
Herr Wolfgang Uellenberg-van Dawen	Runder Tisch für Integration

Verwaltung

Herr Hans-Jürgen Oster	Verwaltung -Amt für Integration und Vielfalt
Frau Susanne Kremer-Buttkereit	Verwaltung - Kommunales Integrationszentrum
Herr Andreas Vetter	Verwaltung – Geschäftsführung Integrationsrat
Frau Monika Radke	Ausländerbehörde

Schritfführerin

Frau Neslihan Arikan

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
Frau Figen Maleki Balajou	LiL
Herr Ibrahim Alici	CI
Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Mehmet Akif Ayata	MeMana
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Frau Barbara Brunelli	GOL
Herr Mehmet Cambaz	
Frau Gülgün Durdu	DEIN KÖLN
Frau Sevil Inal	KL
Herr Lilli Licco	LiL
Herr Ibrahim Toure	LiL
Frau Monika Schultes	SPD

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Yadigar Arslan	Seniorenvertreterin
Frau Dorothee Bodewein	Caritasverband für die Stadt Köln e. V.
Frau Martina Domke	Diakonisches Werk
Herr Michael Sewenig	Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e.V.
Herr Erkan Zorlu	Deutscher Gewerkschaftsbund

Verwaltung

Herr Dr. Lothar Becker

Der Vorsitzende Herr Keltek eröffnet die Sitzung und heißt alle Integrationsratsmitglieder sowie Gäste herzlich willkommen

Herr Keltek macht vor Eintritt in die Tagesordnung auf die Klausurtagung vom 12.10 aufmerksam und bittet um zahlreiche Teilnahme.

Anschließend verliest Herr Keltek die Tagesordnungspunkte, die nachträglich auf die Tagesordnung aufgenommen wurden:

- TOP 3.1 Beantwortung Interkulturelle Öffnung der Seniorenberatungsstellen
- TOP 5.7 Mitteilung zum Sachstand Pilotprojekt Erstellung Förderkonzept Kulturelle Teilhabe
- TOP 5.8 Mitteilung zum Sachstand zu den Sozialhäusern Geisbergstraße
- TOP 8.4 Beschlussvorlage Teilnahme an der Landesinitiative „Gemeinsam klappt’s“

Herr Keltek bittet den TOP 8.1 aufgrund eines von der SPD angekündigten Änderungsantrags in die nächste Sitzung zu schieben.

RM Frau Hoyer weist darauf hin, dass sie die Beschlussvorlage 8.4 aufgrund der kurzfristigen Zusendung nicht beschließen möchte. Herr Erkelenz stimmt Frau Hoyer zu und teilt mit, ebenfalls die Beschlussvorlage nicht beschließen zu wollen.

Die Mitglieder des Integrationsrates stimmen einstimmig der geänderten Tagesordnung zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
 - 3.1 Interkulturelle Öffnung der Seniorenberatungsstellen
3415/2019
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
 - 4.1 Anfrage zu politisch motivierter Kriminalität in Köln
AN/1244/2019
- 5 Mitteilungen**
 - 5.1 Pegel Köln 4/2019
Einwohnerentwicklung 2018
Kölns Wachstum setzt sich fort: Gestiegene Zuzüge kompensieren Abwanderungen ins Umland
2290/2019

- 5.2 Bericht zum Umsetzungsstand des ZMI-Eckpunktepapiers
2484/2019
- 5.3 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen I/2019
2717/2019
- 5.4 Sachstandsbericht "Starke Veedel - Starkes Köln"
2933/2019
- 5.5 Netzwerk gegen häusliche Gewalt – Statistik 2018
3116/2019
- 5.6 Aktivitäten und Maßnahmen im Rahmen des städtischen Diversity-Konzeptes in 2019
3207/2019
- 5.7 Sachstand Pilotprojekt Erstellung Förderkonzept Kulturelle Teilhabe
3376/2019
- 5.8 Sachstand zu den Sozialhäusern Geisbergstraße 47-53, 50696 Köln
3350/2019
- 6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 7 Berichte**
- 7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen
- 7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)
- 8 Beschlussvorlagen**
- 8.1 Förderung der Aufbauphase eines lokalen Verbunds von Kölner Migrantenselbstorganisationen
1224/2019
- 8.2 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Waldstraße 115, 51145 Köln-Porz, Gemarkung Urbach, Flur 5, Flurstück 812
2665/2019
- 8.3 Ombudsstelle für Geflüchtete - Verlängerung der Befristung und Reduzierung des Zuschusses
3188/2019
- 8.4 Teilnahme an der Landesinitiative „Gemeinsam klappt´s“
hier: Förderprojekt KOKIP (Kooperation zur Klärung rechtskreisübergreifender

Integrationsprozesse) - Teilhabemanagement für geflüchtete Menschen
in Köln
3141/2019

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

II. Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen

I. Öffentlicher Teil

1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen

2 Gleichstellungsrelevante Themen

3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

**3.1 Interkulturelle Öffnung der Seniorenberatungsstellen
3415/2019**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

**4.1 Anfrage zu politisch motivierter Kriminalität in Köln
AN/1244/2019**

Hierzu liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor.

5 Mitteilungen

**5.1 Pegel Köln 4/2019
Einwohnerentwicklung 2018
Kölns Wachstum setzt sich fort: Gestiegene Zuzüge kompensieren Abwanderungen ins Umland
2290/2019**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis

**5.2 Bericht zum Umsetzungsstand des ZMI-Eckpunktepapiers
2484/2019**

RM Frau Tokyürek bezieht sich auf den Punkt 5.3.3 in der vorliegenden Zusammenstellung der Handlungsempfehlungen und möchte von der Verwaltung wissen, ob auch für die einzelnen Module Förderanträge gestellt werden und für wann die Module vorgesehen sind.

Die Verwaltung, Herr Oster, teilt mit, dass insgesamt 6 Fördermodule vorgesehen sind, jedoch lägen bislang Förderbedingungen nur für ein Modul vor. Im Oktober sollten die restlichen Förderbedingungen folgen.

IRM Herr Vallecoccia möchte zum Punkt 1.1.1 wissen, um welche bestimmten Umstände es sich bei einer Nicht-Zuweisung der Kinder in eine Vorbereitungs-klasse handelt.

Weiterhin bezieht sich Herr Vallecoccia auf den Punkt 1.2.2., der besagt, dass der Übergang in den Regelunterricht wenig genutzt wird und möchte hierzu in Erfahrung bringen, wann die Ergebnisse der Ursachenprüfung und Handlungsempfehlungen präsentiert werden.

Zum Punkt 1.3.1 stellt Herr Vallecoccia die Frage, wie sich die Schulplätze auf die jeweiligen Schulformen aufteilen.

Zudem möchte er zum Punkt 3.3 wissen, wie Schüler*innen und Eltern über den Herkunftssprachlichen Unterricht (HSU) informiert werden.

Desweiterhin geht Herr Vallecoccia auf den Punkt 3.1.1 ein und würde hierbei gerne wissen, wie viele Personen bei der Fortbildung am 10.07.2019 teilgenommen haben und wie die Umsetzung erfolgte.

Bei dem Punkt 5.1.1 bittet Herr Vallecoccia um Erläuterung der Abkürzung APO-BK

Der Vorsitzende, Herr Keltok, teilt mit, dass die Fragen und Anmerkungen der Verwaltung mitgegeben werden.

Herr Litvinov bittet um zusätzliche Übermittlung der Antworten in den Wirtschaftsausschuss

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

5.3 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen I/2019 2717/2019

RM Herr Erkelenz geht auf die Anlage 1 ein und möchte von der Verwaltung wissen, was genau unter *die sonstigen Gründe* fällt.

Die Verwaltung, Herr Oster, kündigt an, in der nächsten Sitzung nochmal auf die Frage einzugehen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

5.4 Sachstandsbericht "Starke Veedel - Starkes Köln" 2933/2019

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis

5.5 Netzwerk gegen häusliche Gewalt – Statistik 2018 3116/2019

RM Frau Hoyer hat eine Frage zu der Information, dass seit Mai 2019 der Sozialdienst Katholischer Männer Köln mit seinem Themenschwerpunkt „Häusliche Gewalt bei Männern“ im „Netzwerk gegen häusliche Gewalt“ eingebunden ist und möchte wissen, auf welche der beiden Themenschwerpunkte (Gewalt

gegen Männer und/oder Männer, die Gewalt ausüben) sich die Einbindung bezieht.

Der Vorsitzende, Herr Keltok, teilt mit, dass die Fragen zur schriftlichen Beantwortung der Verwaltung mitgegeben werden

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

**5.6 Aktivitäten und Maßnahmen im Rahmen des städtischen Diversity-Konzeptes in 2019
3207/2019**

RM Herr Prof. Schäfer hat eine Nachfrage zu der Unterarbeitsgruppe, die Ende November zum Thema Personal- und Vielfaltskompetenz tagt und möchte wissen, ob die Stadt Köln miteingebunden ist oder ob sich dies nur auf die Landesebene bezieht.

Die Verwaltung, Herr Oster, informiert, dass die Sitzung zur Umsetzung der Diversity Maßnahmen zwar auf Einladung des Landes Hessen stattfindet, sich aber auf die Länder und Kommunen richtet und die Stadt Köln demnach miteingebunden ist.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

**5.7 Sachstand Pilotprojekt Erstellung Förderkonzept Kulturelle Teilhabe
3376/2019**

RM Frau Tokyürek möchte wissen, wie der ausgiebig diskutierte Workshop „Vielfalt hinsichtlich Kultur, Sprache, Religion und sexueller Orientierung“ verlaufen ist.

RM Herr Yurtsever fragt ergänzend, ob die Anregungen aus dem Integrationsrat miteinbezogen wurden.

Die Verwaltung, Herr Oster kündigt an, die Frage an die Kulturverwaltung weiterzugeben mit der Bitte um einen kurzen Bericht.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

**5.8 Sachstand zu den Sozialhäusern Geisbergstraße 47-53, 50696 Köln
3350/2019**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung ohne weitere Aussprache der Verwaltung zur Kenntnis

- 6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 7 Berichte**
- 7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen**
- 7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)**

Der Vorsitzende, Herr Keltek, informiert, dass der Landesintegrationsrat ein Konzept zu den Integrationsratswahlen, die am 13.09.2020 parallel zu den Kommunalwahlen stattfinden werden, erarbeitet hat. Es ist angedacht, Maßnahmen zu entwickeln, die eine WIN-WIN-Situation hinsichtlich der Wahlbeteiligung an den Kommunalwahlen sowie den Integrationsratswahlen bei eingebürgerten Wähler*innen mit Migrationshintergrund herbeiführt, d.h. die Beteiligung an der Kommunalwahl soll die Integrationsratswahl miteinschließen und umgekehrt. Diesbezüglich laufen derzeit Gespräche mit Ministerien, Stiftungen und Parteien.

- 8 Beschlussvorlagen**
- 8.1 Förderung der Aufbauphase eines lokalen Verbunds von Kölner Migrantenselbstorganisationen
1224/2019**

Die SPD-Fraktion hatte einen Änderungsantrag zu dieser Vorlage für den Ausschuss Soziales und Senioren angekündigt. Der Vorsitzende Herr Keltek macht deutlich, dass er in dieser Angelegenheit darauf besteht, den Integrationsrat zwingend in der Vorberatung mit zu beteiligen schlägt eine Vertagung des Tagesordnungspunktes auf die nächste Sitzung des Integrationsrates vor.

Beschluss:

Der Integrationsrat vertagt die Behandlung der Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

- 8.2 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Waldstraße 115, 51145 Köln-Porz, Gemarkung Urbach, Flur 5, Flurstück 812
2665/2019**

IRM Herr Abeke möchte zum öffentlich geförderten Wohnungsbau wissen, welche Gruppe beim Bezug dieser Wohnungen in Frage kommt.

Die Verwaltung, Herr Oster, teilt mit, dass die Bezugsberechtigung an bestimmte Einkommensgrenzen gebunden ist und demnach geringverdienende Menschen diese Wohnungen beziehen können – unter Voraussetzung eines Wohnberechtigungsscheins.

Beschluss:

Der Integrationsrat schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Waldstraße 115, 51145 Köln-Porz, Gemarkung Urbach, Flur 5, Flurstück 812, mit Gesamtkosten in Höhe von 2.498.497,27 € und beschließt die im Haushaltsjahr 2019 auf der Finanzstelle 5620-1004-7-5201 veranschlagten Mittel freizugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**8.3 Ombudsstelle für Geflüchtete - Verlängerung der Befristung und Reduzierung des Zuschusses
3188/2019**

Auf Antrag wird über die Punkte a) und b) getrennt abgestimmt.

Anschließend erfolgt eine Abstimmung über die gesamte Beschlussvorlage

Auf Antrag wird über die Punkte a) und b) der Beschlussvorlage in einem 1. Abstimmungsrunde getrennt abgestimmt.

Anschließend erfolgt in einer 2. Abstimmungsrunde eine Abstimmung über die gesamte Beschlussvorlage.

Beschluss:

1. Abstimmungsrunde:

Der Integrationsrat schlägt zu a) folgende Beschlussfassung vor:

- a) die Weiterführung der Ombudsstelle für Geflüchtete in Köln über die Befristung 31.12.2019 hinaus für zwei weitere Jahre bis zum 31.12.2021,

Einstimmig (ohne Enthaltungen) zugestimmt.

Der Integrationsrat schlägt zu b) folgende Beschlussfassung vor:

- b) die Gewährung eines Zuschusses an den Kölner Flüchtlingsrat e.V. als Projektträger in reduzierter Höhe von jeweils 107.000 € für die Jahre 2020 und 2021.

Mehrheitlich mit 10 gegen 9 Stimmen (ohne Enthaltungen) abgelehnt.

2. Abstimmungsrunde

Der Integrationsrat schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Der Rat beschließt auf Grundlage seiner Beschlüsse vom 10.05.2016 (Einrichtung einer Ombudsstelle: 1252/2016), 28.06.2016 (Feinkonzept: 1826/2016) und 14.11.2017 (Verlängerung der Befristung bis 31.12.2019: 2735/2017)

- a) die Weiterführung der Ombudsstelle für Geflüchtete in Köln über die Befristung 31.12.2019 hinaus für zwei weitere Jahre bis zum 31.12.2021,
- b) die Gewährung eines Zuschusses an den Kölner Flüchtlingsrat e.V. als Projektträger in reduzierter Höhe von jeweils 107.000 € für die Jahre 2020 und 2021.

Die erforderlichen finanziellen Mittel sind innerhalb der Veranschlagung des Teilergebnisplans 1004 Bereitstellung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (bei zwei Enthaltungen)

**8.4 Teilnahme an der Landesinitiative „Gemeinsam klappt's“
hier: Förderprojekt KOKIP (Kooperation zur Klärung rechtskreisübergrei-
fender Integrationsprozesse) - Teilhabemanagement für geflüchtete
Menschen in Köln
3141/2019**

Die Verwaltung, Herr Oster, stellt die Vorlage vor und informiert, dass die vorliegende Vorlage das Modul „Teilhabemanagement für geflüchtete Menschen“ abdecke. Ein solches Case-Management wurde bereits im Projekt „Einwanderung gestalten“ entwickelt, bei der Menschen über die einzelnen Rechtssysteme bis hin zur Integration in den Arbeitsmarkt, begleitet wurden - was aber aus eigenen kommunalen Mitteln umgesetzt werden musste. Bei dem Projekt „Gemeinsam klappt's“ ergab sich die Möglichkeit, über das angepasste und modifizierte Case Management, Stellen bei Trägern für das Teilhabemanagement finanziert zu bekommen. Das Projekt soll zum 01.12. starten. Zu den anderen Modulen seien die Förderbedingungen noch nicht bekannt. Die „Gemeinsam klappt's Initiative“ schaffe Angebote für junge Geflüchtete im Duldungsstatus, die bislang von den meisten Fördermaßnahmen ausgeschlossen wurden. 10,5 Stellen wurden vorsorglich beantragt, als Startaufstellung sei aber die in der Vorlage vorgesehene Personalstärke angemessen.

IRM Herr Edis weist auf die andauernde Problematik bei der Jobfindung der genannten Zielgruppe hin und möchte wissen, ob es eine Perspektive zur Fortführung des Projekts nach drei Jahren gibt.

RM Frau Heuser fragt, ob sich das Projekt nur auf die neuen Geflüchteten bezieht oder auch auf das Bleiberechtsprojekt ausgedehnt werden kann, bei der Familien ebenfalls unterstützt werden können.

Die Verwaltung, Herr Oster, bezieht sich auf die Frage von Herrn Edis und merkt an, dass die häufige Ablehnung nicht nur auf die genannte Zielgruppe, sondern auf die derzeitige Situation des Arbeitsmarktes zurückzuführen ist. Das Projekt sei zwar begrenzt, biete aber trotz allem eine gute Möglichkeit, durch Einbindung verschiedener Akteure, die Chancen der Jobfindung – besonders für die genannte Zielgruppe- zu erhöhen.

Zu der Frage von Frau Heuser teilt Herr Oster mit, dass es eine Schnittmenge zu dem Bleiberechtsprojekt gibt und Jugendliche aus geduldeten Familien ebenfalls teilnehmen können.

RM Frau Tokyürek möchte von der Verwaltung wissen, wo genau der Ansatz der Arbeitsmarktintegration im Casemanagement kommuniziert wird und warum man gerade die aufgeführten Träger miteinbezogen hat.

IRM Herr Litvinov fragt, um wie viele Menschen es sich hierbei handelt
Die Verwaltung, Herr Oster, merkt zu der Frage von Frau Tokyürek an, dass der Teilhabemanager*innen nicht die Aufgabe des Jobcenters übernehmen kann. Es gehe hierbei um die Steuerung der Prozesse, die in der Schnittstelle zum Jobcenter die Wirkung des Jobcenters erhöht, so dass das Jobcenter seine Aufgaben mit Blick auf die jungen Geflüchteten optimaler erfüllen kann.

Zur Auswahl der Träger habe man die Empfehlungen des Landes zur Einbindung der Jugendmigrationsdienste berücksichtigt.
IRM Herr Litvinov wird von Herrn Oster in Kenntnis gesetzt, dass es sich bei dem Projekt um 1100 Menschen handelt.

Das beratende Mitglied, Herr Prölß, regt an, das Projekt konzeptionell viel enger mit dem Bleiberechtsprojekt zu verzahnen, um eine ungewollte Parallelstruktur zu vermeiden. Zudem möchte Herr Prölß in Erfahrung bringen, inwiefern die ausländerrechtliche Beratung sichergestellt wird, da es ja jetzt schon Änderungen zu Beschäftigungsverboten gäbe, die zum 01.01.20 in Kraft treten würden. Weiterhin äußert Herr Prölß den Wunsch einer konzeptionellen Einbindung in das Projekt.

IRM Herr Edis betont, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund nachgewiesenermaßen mehr Probleme haben, den Übergang in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Es sei wichtig, dieses in der Wahrnehmung verzerrte Bild zurecht zu rücken.

RM Frau Schmerbach regt an, den jungen Erwachsenen nicht nur die Wege in Qualifizierung, Ausbildung und Beschäftigung aufzuzeigen, sondern diese durch Einbindung der IHK sowie der Handwerkskammer in Berufe erfolgreich zu integrieren, um dem Fachkräftemangel in den vielen Berufszweigen entgegenzusteuern.

Die Verwaltung, Herr Oster, informiert, dass die relevanten Akteure des Arbeitsmarktes in die Bündnis- Kern- Gruppe miteinbezogen werden. Die IHK und Handwerkskammer begleiten das Projekt.

Ferner bestätigt Herr Oster die Aussage von Herrn Edis, dass junge Erwachsene mit Migrationshintergrund vergleichsweise erheblich mehr Probleme beim Übergang in den Beruf haben.

Hinsichtlich des Anliegens von Herrn Prölß kündigt Herr Oster an, dass es im November eine Veranstaltung geben wird, bei der sich die Träger einbringen können.

Abschließend geht Herr Oster auf die Frage von Herrn Prölß bezüglich der ausländerrechtlichen Beratung ein und informiert, dass es für die Träger vor Beginn ein Schulungspaket geben wird.

Beschluss:

Der Integrationsrat schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. die Teilnahme an der Landesinitiative „Gemeinsam klappt´s“ sowie die Durchführung des Förderprojekts „KOKIP (Kooperation zur Klärung rechtskreisübergreifender Integrationsprozesse) - Teilhabemanagement für geflüchtete Menschen in Köln“ unter dem Vorbehalt der Förderung des Projektes aus Mitteln des Landes NRW im Rahmen der Initiativen „Gemeinsam klappt´s“ des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) und „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ der Ministerien für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) sowie MKFFI.

Die Laufzeit des Projektes beginnt am 01.12.2019 und endet zum 31.12.2022.

2. die Finanzierung des Gesamtprojektvolumens von 1.173.826 € wie folgt:

- im Haushaltsjahr 2019 werden die Mehraufwendungen i. H. v. insgesamt

31.726 € durch Minderaufwendungen in Höhe von 9.059 € im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen sowie durch Mehrerträge i. H. v. 22.667 € im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 02 – Zuwendungen und allgemeine Zulagen gedeckt.

- in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 stehen für die Mehraufwendungen i. H. v. insgesamt 380.700 € p. a. vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 50.000 € im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen zur Verfügung. Die weitere Deckung erfolgt durch Minderaufwendungen in Höhe von jährlich 58.700 € im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen sowie durch Mehrerträge i. H. v. 272.000 € jährlich im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 02 – Zuwendungen und allgemeine Zulagen.
 - Für das Haushaltsjahr 2022 sind Aufwendungen i. H. v. insgesamt 380.700 € sowie zweckgebundene Erträge i. H. v. 272.000 € jeweils im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity bei der Haushaltsplananmeldung zu berücksichtigen.
3. für die Projektsteuerung und –koordination (vorbehaltlich der oben angeführten Förderung) die befristete Einrichtung einer 1,0 Stelle in der Bewertung A12 LBesG NRW bzw. E 11 TVöD zum Stellenplan 2022. Die Stelle wird für den Förderzeitraum 01.12.2019 bis 31.12.2022 befristet eingerichtet. Für die vorzeitige Besetzung ab dem 01.12.2019 wird bis zum Inkrafttreten des Haushalts 2022 verwaltungsintern eine Verrechnungsstelle bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (mit den Stimmen der CDU bei einer Enthaltung)

SPD, Grüne, Linke und FDP haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

IRM Herr Bayrakcioglu berichtet von der Anfrage einer Schule zum Thema „Präventionsmaßnahmen gegen Diskriminierung“ und bittet die Verwaltung, möglichst schnell entsprechende Präventionsmaßnahmen vorzulegen, damit interessierte Schulen kompetent beraten werden können.

Die Verwaltung, Herr Oster, informiert, dass das Kommunale Integrationszentrum als Ansprechpartner zur Verfügung steht.

IRM Herr Vallecoccia erkundigt sich über den aktuellen Stand hinsichtlich der beabsichtigten ersatzlosen Einstellung der Finanzierung einer Hausaufgabenbetreuung für ausländische Kinder im städtischen Haushalt ab 2021.

Der Vorsitzende, Herr Keltek, kündigt an, dass die Frage zur schriftlichen Beantwortung der entsprechenden Stelle mitgegeben wird.

II. Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen